

# Der gläserne Steuerbürger

- ▶ neue Steuer-Identifikationsnummer
- ▶ erweiterter Kontenabruf ab 1. 1. 2009
- ▶ Kontrollmitteilungen
- ▶ Internet als Daten- und Informationsquelle
- ▶ EU-Bargeld-Grenzkontrollen
- ▶ internationale Amts- und Rechtshilfe

Von

MBA International Taxation (Univ.) Steuerberater

Dipl.-Betriebswirt (FH)

Anton-Rudolf Götzenberger

2. Auflage

# INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	17
<b>Teil I: Ausforschung steuerrelevanter Aktivitäten und der privaten Vermögensverhältnisse eines deutschen Steuerbürgers auf nationaler Ebene</b>	<b>21</b>
<hr/>	
1. Ein deutsches „Bankgeheimnis“ gibt es nicht	22
1.1 Allgemeines	22
1.2 Die Vorschrift „Schutz von Bankkunden“ in der deutschen Abgabenordnung	23
1.2.1 Allgemeines	23
1.2.2 § 30a AO im Einzelnen	23
2. Der/die Steuerbürger selbst als Daten- und Informationsquelle	25
2.1 Allgemeine Anzeige-, Auskunfts- und Mitwirkungspflichten	25
2.2 Besondere Anzeige- und Mitwirkungspflichten bei internationalen Steuerfällen und bei Auslandsinvestitionen	26
2.3 Anonyme-Online-Meldungen bei (Steuer)Korruption	27
3. Neue Steuer- und Wirtschafts-Identifikationsnummern als elektronische Ordnungsmerkmale zur computergestützten Identifikation und Nachverfolgung	29
4. Banken als Daten- und Informationsquelle	35
4.1 Übersicht	35
4.2 Vorbemerkung: Das Subsidiaritätsprinzip	36
4.3 Auskunftsspflichten inländischer Banken im Besteuerungsverfahren	37
4.4 Der automatisierte Kontenabruf	39
4.4.1 Allgemeines	39
4.4.2 Abrufbare Kontodaten	42
4.4.3 Der automatisierte Kontenabruf in Kombination mit europaweiten Kontenabfragen	44

4.4.4	Wann der Steuerbürger nach Einführung der Abgeltungsteuer mit einem Abruf seiner Konten rechnen muss	44
4.4.4.1	Gesetzliche Zulässigkeit	44
4.4.4.2	Praxisbezogene Tatbestände, die auf eine Steuerverkürzung schließen lassen	46
4.4.5	Verfahrensrechtliche Voraussetzungen für den automatisierten Kontenabruf	47
4.4.6	Auch Treuhand- und Anderkonten von Berufsgeheimnisträgern betroffen	49
4.4.7	Festsetzungsverjährung und rückwirkender Kontenabruf	49
4.4.7.1	Grundsätzliches zur rückwirkenden Steuerfestsetzung	49
4.4.7.2	Automatisierte Kontenabrufe rückwirkend bis 1999	52
4.4.8	Gestaltungsempfehlungen bei drohendem oder bereits erfolgtem Kontenabruf	52
4.4.8.1	Allgemeine Hinweise	52
4.4.8.2	Rechtsmittel gegen den Kontenabruf	53
4.4.8.3	Selbstanzeige nach einem erfolgten Kontenabruf	54
4.4.9	Automatisierter Kontenabruf für nichtsteuerliche Zwecke	56
4.5	Prüfungen der Finanzbehörden bei Banken, insbesondere der Jahresbescheinigungen.	57
4.6	Kontrollmeldungen im Zusammenhang mit einem vom Steuerbürger erteilten Freistellungsauftrag	59
4.7	Erweiterte Auskunft- und Meldepflichten nach dem Wertpapierhandelsgesetz	60
4.8	Systematische Einzahlungen auf Cash-Kreditkartenkonten	61
4.9	Anzeigepflichten beim Tod eines inländischen Kontoinhabers	62
4.10	Anzeigepflichten bei Depotübertragung	64
4.11	Der Kirchensteuer-Datenpool	65
5.	Sonstige Dritte als Daten- und Informationsquelle	65
5.1	Energieversorger	65
5.2	Anzeigepflichten der deutschen Versicherungsunternehmen	66

6.	Behörden als Daten- und Informationsquelle und die Vernetzung der Finanzbehörden mit anderen Behörden	67
6.1	Amtshilfe der Gerichte und Behörden zur Sicherung des Steueraufkommens	67
6.2	Mitteilungsverordnung und Mitteilungen der Rundfunkanstalten	69
6.3	Mitteilungen und Anzeigepflichten der Gemeinden	71
6.4	Mitteilungen der Zulassungsbehörden	71
6.5	Rentenbezugsmitteilungen an die Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA)	72
6.5.1	Allgemeines	72
6.5.2	Exkurs: Ausforschung steuerlich relevanter Einkommens- und Vermögensverhältnisse deutscher Rentenbezieher für die Steuerjahre vor 2005	74
6.6	Anzeigepflichten der Notare im Zusammenhang mit Kapitalgesellschaften	76
6.7	Anzeigepflichten der Gerichte, Behörden und Notare bei Grundstücksgeschäften	76
6.8	Anzeigepflichten der Gerichte und Notare in Todesfällen; Totenlisten der Standesämter	77
6.9	Anzeigepflicht der Gerichte, Notare und sonstiger Urkundspersonen bei Schenkungen	78
6.10	Anzeigepflichten sonstiger Genehmigungsbehörden	79
6.11	Datenübermittlungen der Sozialleistungsträger bei Einkommensersatzleistungen, die dem Progressionsvorbehalt unterliegen	79
6.12	Sonstige Informationsübermittlungen und Datenabgleiche zwischen Finanzbehörden und Sozialleistungsträgern	80
6.13	Auswertung des Datenbestandes beim Kraftfahrt-Bundesamt für Steuerzwecke	80
7.	Die Vernetzung der Finanzbehörden untereinander	82
7.1	Zusammenarbeit der Bewertungs-/Erbchaftsteuerstellen mit dem Veranlagungs-/Wohnsitzfinanzamt des Steuerbürgers	82
7.2	Kontrollmitteilungen der Erbschaftsteuerstellen an Wohnsitzfinanzämter	82

7.3	Kontrollmitteilungen anderer Finanzämter an die Erbschaftsteuerstellen	83
7.3.1	Allgemeine Mitteilungspflichten	83
7.3.2	Einrichtung von Gemeinschaftskonten und -depots unter Eheleuten	84
7.3.3	Verstärkte Kontrollen bei Vermögensverlagerungen auf Kinder	85
8.	Druckmedien als Daten- und Informationsquelle	87
8.1	Chiffre-Anzeigen	87
8.2	Aufgebote	89
9.	Kommunikationseinrichtungen als Daten- und Informationsquelle	90
9.1	Strafprozessuale Überwachungsmaßnahmen steigen stetig	90
9.2	Recht auf informationelle Selbstbestimmung schützt Telekommunikationsverbindungsdaten	91
9.3	Vom Mythos der abhörsicheren Digitaltechnik	92
9.3.1	Kleiner Exkurs in die ISDN-Technik	92
9.3.2	Moderne „Intelligence Systeme“ zur Filterung signifikanter Schlüsselwörter	93
9.4	Rechtliche Voraussetzungen, Straftatenkatalog und abfragbare Telefonverbindungsdaten	94
9.5	Datensammlung und Datenabruf im telefonischen Überwachungsverkehr	95
9.6	Automatisiertes Auskunftsverfahren auch bei der Telekommunikationsüberwachung	97
10.	Das Internet als Daten- und Informationsquelle	97
10.1	Allgemeines	97
10.2	Intelligente Internet-Recherchesoftware „Xpider“	97
10.3	Die eigene Internet-Präsenz als Informationsquelle	99
10.4	Mit dem Website-Watcher Aktivitäten von Steuerpflichtigen überwachen	99
10.5	Im Web den Scheinrechnungen auf der Spur: der Bankleitzahlen-Research	100
11.	Daten- und Informationsgewinnung durch die digitale Betriebsprüfung	100
11.1	Allgemeines	100
11.2	Größenklassen bei der digitalen Betriebsprüfung	102

11.3	Der Zugriff auf elektronische Daten und neue Auswertungsmöglichkeiten durch die digitale Betriebsprüfung	102
11.3.1	Allgemeines	102
11.3.2	Abgleichmethoden und Plausibilitätsprüfungen mit elektronischen Daten	104
11.3.2.1	Allgemeines	104
11.3.2.2	Statistische Methoden zur Aufdeckung von Datenmanipulationen (Benfordsches Gesetz)	106
11.3.2.3	Der grafische Zeitreihenvergleich	110
11.4	Datenabgleich mit der Spezial-Prüfsoftware „IDEA“	111
11.4.1	Allgemeines	111
11.4.2	Anwendungsbeispiele zum EDV-gestützten Datenabgleich mit IDEA	112
12.	Durchleuchtung des Steuerbürgers durch die Steuerfahndung	115
12.1	Allgemeines	115
12.2	Der hinreichende Anlass zum Tätigwerden	118
12.3	Erforschung von Steuerstraftaten und Ermittlung der Besteuerungsgrundlagen	119
12.4	Die Aufdeckung und Ermittlung unbekannter Steuerfälle (Vorfeldermittlungen)	120
12.5	Durchsuchungshandlungen beim Steuerbürger	122
12.6	Durchsuchungshandlungen bei Kreditinstituten des Steuerbürgers	123
12.7	Das EDV-Suchsystem „Bingo“ zum Aufspüren, Abgleichen und Zusammenführen spezifischer Bankdaten	125
13.	Erkenntnisse über steuerrelevante Aktivitäten und Vermögensverhältnisse durch die Auswertung von Geldwäscheverdachtsanzeigen	126
13.1	Geldwäsche und Steuerhinterziehung: Zwei unterschiedliche Straftatbestände wachsen zusammen	126
13.2	Datenerhebungsvolumen, Identifizierungs- und Aufzeichnungspflichten im Rahmen der Geldwäschebekämpfung	129
13.2.1	Kreditinstitute	129
13.2.2	Versicherungsunternehmen	131
13.2.3	Spielbanken	132

13.2.4	Sonstige Gewerbetreibende, insbesondere Juweliere	132
13.2.5	Private Vermögensverwalter	132
13.2.6	Rechtsanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer	132
13.2.7	Immobilienmakler	133
13.3	Verpflichtung zur Anzeige von Geldwäscheverdachtsfällen	133
13.4	Die Verwendung von Geldwäscheverdachtsanzeigen für steuerliche Zwecke	135
14.	Sonstige inländische Auskunfts- und Datenquellen	136
14.1	Fahr- und Kontrolldaten mautpflichtiger Fahrzeuge	136
14.2	Lohnsteuer-Vollständigkeitskontrollen	139
14.3	JobCard-Verfahren und elektronischer Einkommensnachweis (ELENA)	140
14.4	Anonyme Anzeigen neidiger Steuerdenunzianten	141
14.5	Aufspüren der Inhaber von Namensaktien in Deutschland	142
14.6	Der private Personal Computer und IP-Adresse als Identifikationsmerkmal	143
<b>Teil II: Ausforschung steuerrelevanter Aktivitäten und der privaten Vermögensverhältnisse eines deutschen Steuerbürgers auf internationaler Ebene</b>		<b>145</b>

1.	Allgemeines	145
2.	Aufspüren von Bargeldtransfers des Steuerbürgers	147
2.1	Bargeld-Grenzkontrollen und Bargeld-Deklarierungspflichten	147
2.1.1	Allgemeines	147
2.1.2	Die Bargeldkontrollen im Einzelnen	147
2.1.3	Verhaltensregeln für Zollbehörden bei Bargeldkontrollen	149
2.1.4	Übermittlung der Erhebungsdaten an die Finanzverwaltung	151
2.2	Bargeld-Deklarierungspflichten nach der EU-Verordnung 1889/2005 vom 26.10.2005	151
2.2.1	Allgemeines	151
2.2.2	Die EU Bargeld-Deklarierungspflicht im Detail	152

2.3	Meldungen im internationalen bargeldlosen Zahlungsverkehr	154
3.	Meldepflichten der rechtlich unselbständigen ausländischen Niederlassungen deutscher Kreditinstitute im Todesfall	155
4.	Anzeigepflichten der Auslandsstellen	156
5.	Kontrollmeldesystem zur Erfassung von Auslandskonten und -depots sowie grenzüberschreitender Zinszahlungen (EU-Zinsrichtlinie)	156
5.1	Allgemeines	156
5.2	Anwendung der EU-Zinsrichtlinie in Ländern außerhalb der EU sowie den abhängigen und assoziierten Gebieten	159
5.3	Das automatisierte Meldeverfahren/Informationssystem im Einzelnen	160
5.3.1	Allgemeines	160
5.3.2	Das standardisierte Meldeverfahren	162
5.3.3	Besonderes Meldeverfahren in Verbindung mit Zahlstellen kraft Vereinnahmung	163
5.3.4	Das Richtlinienformular zur Auskunftserteilung	164
6.	Ausforschung ausländischer Bankkonten und der Vermögensverhältnisse eines deutschen Steuerbürgers im Wege der internationalen Amts- und Rechtshilfe	168
6.1	Allgemeines	168
6.2	Zwischenstaatliche Amtshilfe durch Auskunftsaustausch	168
6.2.1	Überblick	168
6.2.2	Internationaler Auskunftsverkehr durch den Informationsaustausch in Doppelbesteuerungsabkommen	170
6.2.2.1	Allgemeines	170
6.2.2.2	Auskunftsarten	174
6.2.2.3	DBA-Luxemburg	176
6.2.2.4	DBA-Österreich	177
6.2.3	Bilaterale Rechts- und Amtshilfevereinbarungen am Beispiel Österreich	179
6.2.4	Grundzüge des EG-Amtshilfe-Gesetzes	181
6.2.5	Auskunftsaustausch im Rahmen international koordinierter Außenprüfungen (zeitlich abgestimmte Simultanprüfungen)	184

6.2.6	Zusammenarbeits-Verordnung und das Mehrwertsteuer-Informations-Austauschsystem MIAS	185
6.3	Zwischenstaatliche Rechtshilfe durch Auskunftsaustausch	186
6.4	Europaweite Bankkontenabfragen durch Finanzbehörden nach dem Protokoll vom 16.10.2001 zu dem Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den EU-Mitgliedstaaten	189
6.4.1	Allgemeines	189
6.4.2	Europaweite Bankkontenabfragen in Ergänzung zum nationalen automatisierten Kontenabruf	190
6.4.3	Das dreistufige Eingriffsverfahren	192
6.4.4	Rechtliche Voraussetzungen für den europaweiten Kontenabruf	196
6.4.4.1	Allgemeines	196
6.4.4.2	Anwendung des europaweiten Kontenabrufs bei Steuerhinterziehung im Rechtshilfeverkehr mit Österreich	198
6.4.4.3	Anwendung des europaweiten Kontenabrufs bei Steuerhinterziehung im Rechtshilfeverkehr mit Luxemburg	200
6.5	Zusammenfassende Übersichten	203
6.5.1	Anwendung des EG-Amtshilfe-Gesetzes sowie der Doppelbesteuerungsabkommen	203
6.5.1.1	Staaten mit großem Auskunftsaustausch	203
6.5.1.2	Staaten mit kleinem Auskunftsaustausch	204
6.5.2	Abkommen auf dem Gebiet der Amts- und Rechtshilfe	205
6.5.2.1	Geltende Abkommen	205
6.5.2.2	Künftige Abkommen und laufende Verhandlungen	209
7.	Der Ermittlungsdienst OLAF gegen Steuerhinterzieher	210
8.	Die Informationszentrale Ausland im Bundeszentralamt für Steuern	210

<b>Teil III: Jagd nach Steuersündern und die Bekämpfung schädlicher Steuerpraktiken durch die OECD</b>	<b>212</b>
<hr/>	
1. Allgemeines	212
2. Der Steuer-Informationsaustausch nach Standard „OECD 2002“	214
2.1 Allgemeines	214
2.2 Die wesentlichen Inhalte im Überblick	215
3. Umsetzung der OECD-Standards am Beispiel der Kanalinsel Jersey	219
<b>Teil IV: Begünstigte Geldanlageplätze für den gläsernen Steuerbürger</b>	<b>221</b>
<hr/>	
1. Allgemeines	221
2. Ausgewählte diskrete Geschäftsbanken in den österreichischen Zollausschlussgebieten Kleinwalsertal/Jungholz und dem Fürstentum Liechtenstein	224
2.1 Kleinwalsertal	225
2.2 Jungholz	226
2.3 Liechtenstein	227
3. Ausgewählte Finanzdienstleister auf dem außereuropäischen Finanzstandort Mauritius	227
<b>Anhang</b>	<b>229</b>
<hr/>	
1. Grundstücks-Veräußerungsanzeige der Notare an die Finanzverwaltung	229
2. Formular zum automatisierten Kontenabruf	230
3. Auskunftersuchen: Ersuchen im zwischenstaatlichen Amtshilfeverkehr	233
4. Auskunftersuchen: Ersuchen im steuerlichen Auskunftsaustausch über Zahlungen aus deutschen Quellen	234
5. Auskunftersuchen: Ersuchen im steuerlichen Auskunftsaustausch über Steuern auf Versicherungsprämien	236
6. Auskunftersuchen: Ersuchen im deutsch-österreichischen Auskunftsverkehr	240
7. Spontanauskünfte: Mitteilung über Zahlungen aus deutschen Quellen	241

8. Spontanauskünfte: Mitteilung über Vergütungen aus unselbständiger Arbeit	243
9. Spontanauskünfte: Mitteilung über Zahlungen aus deutschen Quellen durch Geschäftsbeziehungen zu deutschen Kreditinstituten	245
10. Spontanauskünfte: Mitteilung über unentgeltliche Vermögensübertragungen	247
11. Spontanauskünfte im deutsch-österreichischen Auskunftsverkehr	249
12. Protokoll zum Übereinkommen von 2000 über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union	250
13. Übereinkommen über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen	255
Stichwortverzeichnis	273